

Inserate werden angenommen  
in Posen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
Gust. Ad. Schlech, Hoilieferant,  
Dr. Gerberstr. u. Breitestr. Ecke,  
Otto Niekisch, in Tonna  
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:  
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde  
von 9-11 Uhr Vorm.

Jr. 316

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,  
an den außer die Sonne und Samstag folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,  
an Sonne und Freitag ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-  
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz  
Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung vom 1. April bis zum 31. Dezember des Deutschen Reiches an.

# Posener Zeitung

## Hundertundzweiter Jahrgang.

Dienstag, 7. Mai.

Inserate werden angenommen  
in den Städten der Provinz Posen  
bei unseren Agenturen, ferner bei  
den Annoncen-Expeditionen

U. Moos,  
Haasenstein & Vogler A.-G.,  
G. L. Baube & Co.,  
Invalidendank.

Berantwortlich für den Inseraten-  
theil:  
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

1895

### Deutscher Reichstag.

85. Sitzung vom 6. Mai, 1 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Überentnommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des von den Abg. Auer (Soz.) und Genossen in Form eines Gesetz-entwurfs eingebrochenen Antrages, betr. die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, dessen § 1 lautet: Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln. Zur Veranstaltung und Ablaufung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzumelden.

Abg. v. Elm (Soz.) befürwortet den Paragraphen mit Hinweis auf die in der Verfassung ausgesprochene Koalitions- und Versammlungsfreiheit, mit der aber einzelne Partikulargesetze eingehen, wie diejenigen Sachsen und Bayerns in Widerspruch stehen. Sachsen bemüht sich insbesondere, jede Organisation der Arbeiter, sie mag politisch sein oder nicht, zu zerstören und zu verhindern. Die Verschiedenheit der Gesetze in den Einzelstaaten bringe es mit sich, daß an dem einen Orte verboten sei, was man an anderen Orten erlaube. Daraus sei Einheitslichkeit von Nöten. Redner führt eine Reihe von Beispielen an, in denen wirtschaftliche Vereinigungen als politische behandelt worden seien. Das Hamburger Vereinsgesetz werde so streng gehandhabt, daß es die Umzugsvorlage erlasse. Eine Versammlung von Cigarrenfabrikanten, die hinter verschlossenen Thüren tagte und darüber berief, wie man die Arbeiter zur Gleichleistung auf das Koalitionsrecht anwenden könne, sei unbehelligt gelassen worden, trotzdem der Polizei von diesem gelegwidrigen Vorgehen der Arbeitgeber Kenntnis gegeben worden sei. In Preußen sei es allerdings etwas besser, aber was hätte man auch hier nach der Affäre mit dem Polizeirath Witschel in Elitz zu erwarten, wenn man die Vollmacht der Beamten nach dem Beispiel Sachsen, Bayerns, Hamburgs erweitern wollte? Die Koalitionsfreiheit werde deutlich sogar nicht mehr von der Freiheitlichen Volkspartei verteidigt und gestützt. Bei Streits seien die freifinnigen Parteien immer auf Seiten der Kapitalisten. Die Partei stütze sich nur auf ein paar Fabrikanten. Auch bezüglich der Frauen habe die Freiheitliche Volkspartei eine Rückwärtsbewegung eingeschlagen. Sie wolle heute nicht mehr die Gleichberechtigung, trotzdem es an zwei Millionen industrieller Arbeiterinnen im deutschen Reiche gebe. In Bayern werden, wie die Zahl der den Gewerkschaften angehörenden Frauen beweise, der Organisation der Frauen große Hindernisse bereitet, mag es auch der bayerische Bevollmächtigte in Abrede stellen. Aus welchem Grunde wolle man den Frauen, die einen so großen Anteil an der Arbeit des Volkes haben, die gewerkschaftliche und politische Organisation verbieten, zumal sie sowohl direkte und indirekte Steuern zahlen und an fast allen Vorlagen, die im Reichstag eingebracht würden, das gleiche Interesse hätten, wie die Männer. So lange minderjährige Personen von den Kapitalisten beschäftigt werden, müsse diesen auch das Koalitionsrecht gewährt werden, wie es in Amerika und Australien bestünde. Die Erfahrung lehre: je mehr Freiheit, desto mehr Ordnung. Da aber gerade den Sozialdemokraten die Versammlungsfreiheit genommen sei, so sei es nicht verwunderlich, daß sie in letzter Zeit die Versammlungen anderer Parteien gestört haben, da sie sich sagen, wenn wir keine Versammlungen halten dürfen, so sollen es die anderen Parteien auch nicht. Wenn das Umsturzgesetz in der Fassung der Kommissionsvorläufe angenommen wird, so ist es aus mit aller Koalitionsfreiheit. Die Befreiung des Arbeiters stand aus den Fesseln der Polizei ist der Anfang der Rettung des Staates aus den Gefahren, die ihm jetzt drohen. (Beifall links)

Bayerischer Bundesbevollmächtigter v. Hermann betont, daß in Bayern Gewerkschaften mit weiblichen Mitgliedern bestehen und von den Behörden nicht behindert werden. Redner weist dies ab.

Abg. Benzmann (Frei. Bpt.): Die mahllosen Angriffe des Abg. v. Elm gegen die Freiheitliche Volkspartei zwingen uns, zu diesem Gegenstande Stellung zu nehmen. Herr v. Elm hat es so dargestellt, als ob wir Freiheitliche Anhänger des Kapitalismus und Gegner des freien Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts wären. Das ist eine Unwahrheit, eine Unrichtigkeit, die, wenn sie glaubig ausgeschlossen wird, darauf zurückzuführen ist, daß Herr v. Elm nur Zeitungen gelesen hat, die sich mit Unrecht freiheitlich nennen. Die Freiheitliche Volkspartei wie früher die Fortschrittspartei ist steig mit der größten Energie für ein freies Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht eingetreten. (Abg. Singer: Auf dem Papier!) Nein, auch in der That. Der sozialdemokratische Abgeordnete Möller, der ja wohl Dortmund kennt, wird bestätigen, daß bei dem großen berechtigten Streit der Bergarbeiter wegen der Abteilung des Nullens und anderer Missstände die Freiheitliche Volkspartei mit Wort und That für die Streitenden eingetreten ist, für sie Sammlungen veranstaltet hat, und daß der Sieg der Bergarbeiter unserer Partei zum großen Theil zu verdanken ist. Freilich, wenn in späterer Zeit ein Streit in Scène gesetzt werden sollte, von dem sich jeder verständige Mensch sagen müsste, er würde nicht zum Erfolg führen, so hatten wir das Recht und die Pflicht, davor zu warnen. Gerade in Dortmund hat die Sozialdemokratie noch nie so viel Anhänger verloren wie bei diesem letzten Streit, den wir mit Recht nicht unterstützen haben. Wir preiseneden nicht jeden Streit, weil er ein Streit ist, sondern wir berücksichtigen immer die tatsächlichen Verhältnisse. Die Arbeitervereinigungen sind doch aus der Fortschrittspartei hervorgegangen. Über die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften mögen Sie ja spotten, weil sie sich nicht zu politischen Agitationen haben verleiten lassen. Aber sie bilden doch den Kern der Arbeiterorganisationen. Wir haben schon zu Anfang der siebziger Jahre mit der größten Intensität das freie Vereins- und Versammlungsrecht verlangt. Lesen Sie doch unser Programm durch! Wir müssten an unserem eigenen Glaubensbekenntnis

zum Verräther werden, wenn wir das nicht thäten. Auch jetzt halten wir die reichsgesetzliche Kodifikation des Vereinsrechts für geboten, und ich glaube, daß sogar eine Verpflichtung zur reichsgesetzlichen Regelung des Versammlungsrechts nach der Verfassung gegeben ist und es ist bedauerlich, daß 25 Jahre verflossen sind, ohne daß auch nur ein Versuch dazu gemacht worden ist. Wenn Kreuzen sein Vereinswesen reaktionär umgestalten sollte, so besteht die Verpflichtung, von Reichswegen dagegen zu protestieren, weil die Vereinsgesetzgebung dem Reiche vorbehalten ist. Auch aus materiellen Gründen ist das Reich zur einheitlichen Regelung verpflichtet, weil die Vereinsgesetze der Einzelstaaten so verschieden sind. Am besten ist es noch in Württemberg, weil es da kein wirtschaftliches Vereinsgesetz gibt. Die lauesten Klagen dagegen dürfen wir in Preußen erheben, denn etwas Schlimmeres als das preußische Vereinsgesetz, das aus der Verlobung der schlimmsten Reaktion herrührt, gibt es nicht. Aber das Schlimmste in dem preußischen Gesetz, die polizeiliche Überwachung und Auflösung, wird in dem sozialdemokratischen Antrage garnicht berücksichtigt.

Wenn dieser Antrag Gecek würde, so würde die Polizei sich doch nicht das Recht nehmen lassen, die Versammlungen zu überwachen und nöthigenfalls aufzulösen. Gerade hier muß Wandel geschaffen werden, zumal die Überwachung in der Provinz häufig von den untergeordneten Organen, wie Polizeidienner und Gendarmen, geschieht. Die Beamten, die diesen Missbrauch begreifen, müssen zur Strafe gezogen werden, und sie können es schon jetzt nach dem Strafgesetzbuch, wenn der Staatsanwalt nur einstreiten wollte. Meine Fraktion hat sich mit der Frage des Versammlungsrechts von Frauen und Minderjährigen noch nicht beschäftigt. Persönlich meine ich aber, daß den Frauen ein freies Versammlungs- und Vereinigungrecht ebenso zu gute kommen muß wie den Männern. Wir stehen dem Ausbau der Frauenrechte nicht feindselig gegenüber. Befürworten doch gerade Vertreter unserer Partei lebhaft die Zulassung der Frauen zum Studium. Dagegen glaube ich nicht, daß das Gesetz, so wie es vorliegt, zu einem brauchbaren im Plenum ausgestaltet werden kann. Wir werden trotzdem wahrscheinlich für den ersten Paragraphen stimmen, und wenn wir sehen, daß das Haus auf dielen Boden treten will, so werden wir uns Amendirungen vorbehalten. Der Zeitpunkt zur Regelung dieser Frage ist allerdings kein günstiger. Wie aber das Geschick dieses Antrages ausfallen möge, wir werden uns dadurch nicht abhalten lassen, für die freiheitliche Ausgestaltung des freien Vereins- und Versammlungsrechtes einzutreten. Es ist eine Annahme von der Sozialdemokratie, wenn es es so darstellt, als ob dies Gebiet ihre Exklusivität ist, die sie allein beakern und pflegen dürfe. Wir haben das Gebiet früher beakert und gepflegt. (Beifall links.)

Abg. v. Czarlinski (Polen): Wir Polen haben unter der Handhabung des preußischen Vereinsgesetzes schwer zu leiden. Die Tendenz des Gesetzentwurfs wird von uns durchaus gebilligt, aber die Form scheint uns nicht glücklich gewählt. Wir machen einen Unterschied zwischen politischen und nicht politischen Versammlungen. Die Frauen dürfen nicht aus ihrer natürlichen Rechtssphäre herausgenommen werden.

Abg. Dr. Pachnicke (Frei. Bpt.): Man hat hier das Vereinsrecht aller deutschen Staaten kritisiert. Nur Westenburg hat man hier vergessen, und doch gebührt diesem die Palme in dieser Hinsicht. In Preußen ist es allerdings nicht viel besser. In öffentlicher Angelegenheit richtet nur der freie Meinungsaustausch etwas aus. Neben ugungen kann man nicht mit Gewalt unterdrücken. Wir haben die Vereins- und Versammlungsfreiheit stets vertreten. Wenn uns der sozialdemokratische Entwurf annehmbar erscheinen soll, sind eine Reihe von Amendirungen notwendig. Wir treten dafür ein, daß die Frauen wirtschaftlich ihre Rechte verfechten können, aber nach der Richtung der Erweiterung des Versammlungsrechts für Frauen besteht kein reales Bedürfnis. Wir werden gegen den Entwurf stimmen, weil wir die Verfolgung seines Grundgedankens zur Zeit nicht für zweckmäßig halten. Wir werden aber nicht abstimmen, ein einheitliches deutsches Vereinsrecht zu fordern.

Abg. Stolle (Soz.): Wendet sich insbesondere gegen das sächsische Vereinsrecht. Der sächsische Minister des Innern habe angeordnet, daß das Vereinsrecht schärfer gegen die Sozialdemokraten angewendet werde. Es liegt aber im Interesse der Gerechtigkeit, daß nicht eine Partei schlechter behandelt werde als die andere. Auf die nichtigsten Gründe hin könnten in Sachsen Versammlungen und Vereine aufgelöst werden. Deshalb sei eine Verhandlung von Wahlangelegenheiten in Sachsen fast ganz unmöglich. Im letzten Jahr seien 200 Versammlungen aufgelöst worden. Die sächsische Regierung könne auf das Umsturzgesetz ruhig verzichten, ihr Vereinsrecht sei schlüssiger. In der Unterdrückung der Arbeitergebütre Sachsen die Krone. Eine Versammlung sei aufgelöst worden, weil sie einen anerkannten sozialdemokratischen Charakter gebadet habe. Dieser Behandlung der Sozialdemokratie steht die Bewegung der Konservativen gegenüber. Ein konservatives Wahlblatt, das die Regierung verbreiten half, enthielt die schärfsten Forderungen, u. a. auch die, daß kein Jude ein Richteramt besetzen dürfe.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf Hohenthal: Das herangezogene Wahlblatt ist nicht von den Organen der Regierung verbreitet worden. Ich bedauere, daß der Vorredner am ersten Plat wahrscheinlich durch größere Vergnügungen abgehalten gewesen ist, den Verhandlungen beizuhören. Die Sache gehört in den sächsischen Landtag, und ich lehne es nochmals ab, mich auf Einzelheiten einzulassen. Sollte der Vorredner sich über Rechtsverweigerung zu beschweren haben, so möge er den in der Verfassung offen gelassenen Weg des Beschwerde an den Bundesrat innehmen. (Hinterher.) § 24 des sächsischen Vereinsgesetzes ist nach meiner Auffassung auf alle Parteien anzuwenden. Wenn es in Sachsen bisher ruhig geblieben ist, so ist das ein Verdienst der ruhigen und verständigen sächsischen Bevölkerung, während die Sozialdemokraten alles thun, um sie aufzuheizen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Förster (Anti.): erklärt sich im Namen seiner Partei gegen den Antrag Auer, namentlich wegen des Verlangens der Zulassung der Frauen zu den Versammlungen. Dagegen sei eine reichsgesetzliche Regelung des Vereinsrechts zu erstreben.

Inserate, die sechsgesetzte Zeitzeile oder deren Raum  
in der Morgenzeitung 20 Pf., auf der letzten Seite  
30 Pf., in der Mittagzeitung 25 Pf., an bevorzugter  
Stelle entweder höher, werden in der Expedition für die  
Mittagzeitung bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenzeitung bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Berantwortlich für den Inseraten-  
theil:

W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Abg. v. Elm (Soz.): Der Abg. Lenzenmann soll mir aus den letzten 20 Jahren auch nur einen Fall nennen, wo die Freiheitlichen für einen Streit eingetreten sind. Der Waldeburger Streit, von dem er gesprochen hat, ist doch schon sehr lange her. Kein Organ ist gegen die Verhältnisse des Koalitionsrechts der Arbeiter so häufig aufgetreten, wie das Hauptorgan der Freiheitlichen Volkspartei, die „Freiheitliche Zeitung“. Nicht die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, sondern die englischen Gewerkschaften sind unser Vorbild gewesen. Durch unseren Antrag ist das Überwachungs- und Versammlungsrecht der Polizei befreit. Herr Lenzenmann scheint sich allerdings keine Versammlung denken zu können ohne Polizei. Es wird dem deutschen Volke keinen Schaden thun, wenn sich jeder deutsche Bürger versammeln kann, wann und wo er will. (Hinterher.) Der Einwurf, daß die gegenwärtige Zeit für die Regelung dieser Angelegenheit nicht geeignet ist, beruht doch merkwürdig angesichts der Thatache, daß eine Reihe von unwichtigen Anträgen auch von Freiheitlichen bereits wiederholt hier verhandelt ist.

Abg. Richter (Fr. Volksp.): Herr v. Elm scheint die Kenntnis der freiheitlichen Partei nur geschöpft zu haben aus dem „Vorwärts“ und den Reden seiner Parteigenossen, und da ist es natürlich, daß dann ein solches Bild entsteht, wie es in seinen Reden zum Ausdruck kommt. Wenn man aber so wenig oder so einseitig unterrichtet ist, dann sollte man wenigstens die Gelegenheit benutzen, um hier zuzuhören, wenn die Redner anderer Parteien sprechen, und sich dadurch eine bessere Kenntnis anzuzeigen. Herr v. Elm kann zwar sprechen, obwohl ich seine Rede nicht gerade schön nennen kann. (Hinterher) aber zu hören hat er noch nicht gelernt, sonst hätte er nicht dem Abg. Lenzenmann das Geheimnis von dem in den Mund gelegt, was er gesagt hat. Abg. Lenzenmann meinte, daß auch nach dem Antrage der Sozialdemokraten das unbeschränkte Auflösungsrecht der Polizei bestehen bleibt, und aus dieser Bemerkung hört Herr v. Elm heraus, daß der Abg. Lenzenmann sich gar keine Versammlung ohne Polizei denken kann. Der Abg. Lenzenmann hat auch den Waldeburger Streit mit seinem Wort erwähnt. Seine Ausführungen bezogen sich auf das Verhalten der Freiheitlichen bei dem Dortmunder Streit 1889, und die Vorgänge hierbei kennt der Abg. Lenzenmann sehr genau. Mit Recht hat er hervorgehoben, daß die Freiheitlichen damals den Streit für gerechtfertigt erklärt. Wenn Herr v. Elm sich nun gemüthigt fühlt, die „Freiheitliche Zeitung“ anzugeben, so schlage ich ihm auch diese Waffe einfach aus der Hand, indem ich darauf hinweise, daß die „Freiheitliche Zeitung“ 1889 für die Streitenden in Dortmund eingetragen ist. Kurz von den Sozialdemokraten: Für die Buchdrucker auch? Nein, für die nicht, denn das ist eben der Unterschied. Die Sozialdemokraten raten zwar mitunter von vorherher vom Streit ab; ist er aber einmal eingetreten, so unterstützen sie jeden Streit, während wir nur ausnahmsweise in einem Streit Partei ergreifen, wenn derselbe ein öffentliches Interesse beansprucht. Den Buchdruckerstreit halte ich allerdings für einen sivil vom Zaun gebrochenen Streit, der Millionen gefordert und durch den Verlauf bewiesen hat, wie sehr die Buchdrucker Unrecht gethan haben, ihren sozialistischen Führern zu folgen. Abg. Stolle will die Hilfe der Gesetzgebung des Reiches anrufen. Die Freiheitlichen aber sind die einzigen, welche zur Zeit hier das Bedürfnis einer allgemeinen reichsgesetzlichen Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts betonen. Wenn nun die sozialdemokratische Partei sich veranlaßt sieht, gerade bei dieser Frage eine Polemik mit der Freiheitlichen Volkspartei vom Zaun zu brechen, so beweist das, daß Ihnen nicht darum zu thun ist, einen praktischen Erfolg zu erzielen, sondern nur um dem Agitationsbedürfnis zu entsprechen und vielleicht eine Brochüre herauszugeben zu können über Vereinsrecht und Vereinsbeschrankung (ehr richtig!) Ich beantrage, über die einzelnen Sätze des § 1 gesondert abstimmen zu lassen. (Beifall links.)

Abg. Jubel (Soz.) führt Beschwerde über einen Fall in Boffen, in dem der Bürgermeister mit einer Nötigung, die fast an Erschöpfung stieß, eine Saalfestigkeit gezwungen habe, ein dem Abgeordneten Jubel zu einer sozialdemokratischen Versammlung bewilligtes Wahlzettel zurückzulegen. Die Unterschrift der Saalfestigterin unter dem betreffenden Schriftstück habe große Ähnlichkeit mit der Handschrift des Bürgermeisters gehabt. Das sei auch eine Illustration zum preußischen Vereins- und Versammlungsrecht.

Breisacher Minister des Innern v. Kötter: Ich bitte den Vorredner, wenn ihm Unrecht geschehen ist, sich an die vorgesetzte Behörde zu wenden. Wenn ihm der Bescheid, den er dort bekommen wird, nicht konveniri, mag er sich an die höhere Instanz wenden, die Sache wird dann schließlich auch an mich kommen. (Abg. Singer: Wenn Sie dann noch Minister sind!) Ob ich dann noch Minister bin, wollen wir abwarten. Komisch wirkt es, wenn der Vorredner sagt, die Namenszüge der Frau und des Bürgermeisters hätten eine gewisse Ähnlichkeit gehabt. Wenn der Bürgermeister den Brief der Frau selbst abgeschrieben hat, so ist die Ähnlichkeit in den Schriftzügen doch nichts Auffallendes. (Hinterher.) Wenn Sie derartige Beschwerden haben, ich bin im preußischen Ministerium zu sprechen. Im Übrigen greifen Sie nicht Polizeibehörden an und verbürgen Sie sie nicht mit Dingen, hinter denen nichts steht. (Beifall rechts.)

Abg. Stolle (Soz.) hält seine Behauptungen über das sächsische Vereinsrecht aufrecht.

Abg. Bebel (Soz.): Was der Abg. Richter über den Buchdruckerstreit denkt, das ist seine Sache. Daß er ein heftiger Gegner desselben war, hat seiner Partei nichts genutzt. Von den Leitern des Buchdruckerstreites ist nicht einer Sozialdemokrat gewesen, im Gegenteil haben die Leiter des Buchdrucker-Vereins sich ängstlich bemüht, jede Art von politischer Thätigkeit von ihrem Verein fern zu halten. Die Ursache des Streites war die Hoffnung, die Arbeitszeit von zehn auf acht Stunden zu ermäßigen. In einer großen Zahl von Schmiedewerken war Lehrlingszüchterei getrieben worden und dadurch ein großes Angebot von Arbeitskräften entstanden, so daß auf die Dauer die verhältnismäßig günstigen Arbeitsbedingungen nicht mehr hätten aufrecht erhalten werden können. Man hoffte, durch Verkürzung der Arbeitszeit die Beschäftigung einer größeren Anzahl von Personen

zu erlangen Buchdrucker, die zum Centrum oder zur konservativen Partei gehörten, waren in der Erkenntnis, daß sie unter dem Vorwurf der Schmugelkunst leiden, bereit, die Forderungen der Buchdrucker zu bewilligen, wenn sich die große Mehrzahl der Kollegen ihnen angeschlossen hätte. Wir haben uns in den Streit nicht im Mindesten hineingemischt. Erfreulich ist es, daß die Gewerkschaften aufsäugungsfähig genug waren, ihre Kollegen nicht im Stich zu lassen. Dieses Gefühl der Solidarität werden die bürgerlichen Parteien schwerlich erlangen. Die Behauptung, daß wir weiter nichts mit unserm Antrag beabsichtigen, als Agitationssstoff zu finden, kann nur Abg. Richter aufstellen. Wer so viele Broschüren gegen die Sozialdemokratie geschrieben hat, sollte wissen, daß diese Forderung in unserm Programm steht. Auch Abg. Richter wird nicht behaupten wollen, daß die Zustände in Deutschland ideal sind. Bis zu diesem Augenblick ist der sozialdemokratischen Partei noch nicht der Gedanke gekommen, eine Broschüre daraus zu machen. Aber selbst, wenn wir dies thäten, es wäre unsere Pflicht zur Aufklärung des Volkes. Aber wo es gilt, den Sozialdemokraten eins auszumachen, ist Abg. Richter immer dabei. (Gefall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Richter (Freil. Vp.): Ich habe persönlich keinerlei Interesse an dem Buchdruckerstreit gehabt, meine Zeitung selbst beschäftigt keine Buchdrucker. Der Streit war ungerechtfertigt, weil nach den ganzen Verhältnissen des Buchdruckergewerbes es damals unmöglich war, eine weitere Konzession in größerem Umfange zu machen. Thatsächlich hatten die Arbeitgeber sich bereit erklärt, bis zu gewissen Grenzen entgegenzutun und gewisse Verbündete, die ja vorhanden waren, zu befehligen. Diese Verständigung ist zerstört worden durch die weitergehenden Forderungen der Führer in diesem Streit. Die Gewerkschaft der Buchdrucker hat sich allerdings jeder politischen Thätigkeit enthalten und sich auf die Forderung gewirtschaftlicher Interessen beschränkt. Sie hat auch in dieser Beziehung große Verdienste, so daß es sehr zu bedauern ist, daß sie durch diesen Streit in ihren Fonds und Einrichtungen erschüttert worden ist. Doch aber die Führer der Gewerkschaften überhaupt Sozialisten waren, ist mir klar geworden aus den fortgesetzten Verteilungen dieser Organs dieser Gewerkschaft, des "Korrespondenten". Alle jene Artikel zur Rechtfertigung des Streits, alle Polemik darin, insbesondere gegen meine Ausführungen, entsprachen durchaus sozialistischen Anschaunungen. Die sozialistische Partei als solche hat diesen Streit nicht gesucht und abgeredet, ihn anzusangen. Nachdem er aber ausgebrochen war, hat sie ihn unterstützt. Ich kann also in meinem Urteil über diesen Streit und die sozialistische Führung darin nichts zurücknehmen. Das Broschürenschreiben halte ich durchaus nicht für eine schädliche Thätigkeit. Ich habe auch nicht behauptet, daß der Antrag deswegen gestellt ist, sondern nur, wenn man bei einem Kampf für eine gerechte Sache — wir leiden ja auch unter der Beschränkung des Vereinsrechts — jede taktische Rücksicht bei Seite setzt und die Diskussion ausnutzt zu einer besonders scharfen Polemik gegen diejenigen, auf deren Unterstützung man doch rechnen muß, dann deutet das alles darauf hin, daß das Agitationsbedürfnis hier mehr als das praktische ins Gewicht gefallen ist.

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird der erste Satz des § 1 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen Volkspartei und der Mehrzahl der Freisinnigen Vereinigung mit wenigen Ausnahmen abgelehnt, dagegen gegen dieselbe Minderheit der zweite Satz und § 1 im Ganzen.

§ 2 des Antrages Auer: "Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden" wird ebenfalls abgelehnt, worauf die übrigen Paragraphen vom Abg. Singer Namens der Fraktion zurückgezogen werden.

Das Haus vertrat sich nunmehr auf Dienstag 1 Uhr. (Dritte Berathung des Nachtragsetats, Abstimmung über die Wahl des Abg. Dr. Böttcher und Prüfung der Wahl des Abg. v. Dziedowksi (Bom), zweite Berathung der Wmstvorlage.) Schluß 5 Uhr.

## Zum Konflikt Bansfy-Kalnoky.

W. B. Wien, 6. Mai.

Die von dem Minister des Neukerns Grafen Kalnoky am 25. April an den ungarischen Ministerpräsidenten Baron von Bansfy gerichtete Note, die letzterer heute im ungarischen Abgeordnetenhaus verlas, hat folgenden Wortlaut:

Den Brief, mit welchem Ew. Excellenz meine Ansichten zu kennen wünschen über eine eventuell zu erhellende Antwort auf eine die Reise des apostolischen Nuntius Aglardi in Ungarn betreffende Interpellation, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt, zugleich aber Freiherrn v. Josika auf die Schwierigkeit hingewiesen, sich ein Urteil über das Ausmaß der Einmischung des Nuntius Aglardi in die inneren Angelegenheiten Ungarns zu bilden, so lange man bloß auf Zeitungsnachrichten beschränkt ist. Ich erbat mir daher durch Frhrn. von Josika, der eben nach Budapest abgereist ist, gefälligen Aufschluß über diese Punkte und auch die längereren Unterredungen, welche Ew. Excellenz und der königliche Unterrichtsminister mit Aglardi in Budapest geplaudert haben und in welchen ohne Zweifel die Bedenken der königlichen Regierung gegen das Auftreten Aglardi in Ungarn präziser formuliert worden sind. Das soeben erhaltenen Telegramm enthält aber keine dieser von mir erbetenen Informationen, die mich in die Lage versetzt hätten, die Situation auf Grund verlässlicher Daten zu beurtheilen; doch wiederholen Ew. Excellenz darin den Wunsch thunlichst meine Ansicht über die eventuelle Beantwortung einer noch nicht vorliegenden Interpellation über die im Bericht kommenden Gesichtspunkte zu erhalten. In einer so heitern Gelegenheit wie die vorliegende muß die Beantwortung einer Interpellation sich nach der Fragestellung richten. Ich bin also nicht in der Lage, mich auf diese Antwort näher einzulassen, bevor die Frage nicht formuliert zu sein scheint. Was nun die beiden noch maßgebenden, bereits genannten Gesichtspunkte betrifft, die Ew. Excellenz dabin fortwährt haben, daß die Rückfragen, die hier gegenüber dem Heiligen Stuhle zu beobachten seien, ebenso in Betracht kommen sollen, wie die speziellen Verhältnisse und die Wahrung des Rechtes, daß wir seiner Macht die Einmischung in innere Angelegenheiten zugestehen, also auch dem Heiligen Stuhle nicht, so halte ich die Auflistung dieser beiden Gesichtspunkte für ganz richtig. Zum ersten dieser Gesichtspunkte kann ich nur hervorheben, daß nebst dieser Rückfrage für den freien Papst es auch nicht im Interesse Ungarns sein kann, die Beziehungen zum Heiligen Stuhle, mit dem es gelungen war, trotz der langwierigen französischen Aktion Freundschaft zu erhalten, ernstlich zu fördern. Wenn es auch hoffnunglos ist, vom Heiligen Stuhle ein Aufgeben seines dogmatischen Standpunktes über die Lösslichkeit der Ehe zu erhoffen, so ist es doch nicht gleichgültig, ob bei Durchführung der in Rede stehenden Gesetze der Batschan eine schroffere oder tolerante Haltung annehme. Da ich vom gemeinsamen Standpunkte auch über die Beziehungen des österreichischen Theiles der Monarchie zum Heiligen Stuhle zu wachen habe, so halte ich es für meine Pflicht, diese Seite der Frage ganz besonders zu betonen. Ob dem apostolischen Nuntius einfach die Stellung des Vertreters einer fremden Macht zufiele und alles, was darüber geht, inkorrekt sei, dies wird zwar nach moderner Auffassung theoretisch behauptet, — so namentlich in Frankreich, wo die Gelehrten die

Beziehungen des Episkopats zum Papste und dessen Vertreter geregelt hat — läßt sich aber in der Praxis selbst in Frankreich nicht wohl durchführen, weil den apostolischen Nuntien als Vertreter nicht einer weltlichen Macht, sondern der katholischen Kirche im katholischen Staate immer eine von der anderen Botschafter wesentlich verschiedene Stellung eingeräumt wird. Das liegt in der anerkannten Suprematie des Papstes über die katholische Kirche und über alle Katholiken, allerdings nur in Glaubensfragen. Aber nichts dürfte schwieriger sein, als die Grenze zu ziehen, bis wohin der katholischen Kirche das Recht der Vertheidigung zusteht und wo dieses aufhört. Einem augenscheinlichen Beweis für die außergewöhnliche Stellung, die ein Nuntius in einem katholischen Staate genieht, können wir sehen in der selben Art, wie Monsignore Aglardi in Ungarn nicht nur vom Episkopate, sondern auch von anderen Schichten der Bevölkerung empfangen wurde. Würde je einem fremden Botschafter Ähnliches begegnen? Was endlich die Einmischung in innere Angelegenheiten, die nicht Glaubenssachen betreffen, anlangt, stehen gewiß so genaue Informationen zur Verfügung, daß Ew. Excellenz besser in der Lage sind, hierüber ein Urteil zu bilden als ich, da ich auch betreffs der speziellen Verhältnisse in Ungarn keinen Anspruch auf volle Sachkenntnis erheben könnte. Doch scheint mir eine tadelnswerte Taktlosigkeit seitens des Nuntius dadurch begangen worden zu sein, daß er sich nicht begnügte, nur Besuche bei den Kirchenfürsten zu machen, die ihm eingeladen hatten, sondern im Gegensatz zu seinen Vorgängern, die bei solchen Anlässen oft öffentlich hervortraten, Ansprachen hielt, die wie schon der Standpunkt des Heiligen Stuhles ist, nicht anders als oppositionell gegen die Regierungspolitik ausfallen konnten. Vielleicht trägt hieran auch der demonstrative Empfang Schulz, welcher dem apostolischen Nuntius von Seiten des ungarischen Klerus und der katholischen Partei zu Thell wurde. Jedenfalls hätte er entweder die Reise als inopportunit verschoben oder sich versichern sollen, daß seine Anwesenheit keine politischen Unannehmlichkeiten nachziehen und nicht zu Partizipzwecken ausgenutzt werden wird. Auch bin ich, falls die königlich ungarische Regierung dies für angezeigt erachtet, bereit, gegen die Kaiserlich-Königliche Botschaft bei dem Heiligen Stuhle gegen dieles in der gegenwärtigen Situation entschieden taktlose Auftreten und Eingreifen des Nuntius, welches die Agitation in Ungarn noch mehr anzufachen geeignet ist, Einspruch und Klage zu erheben und auch den Standpunkt zu vertreten, welcher jedes Einmischen des apostolischen Nuntius in die kirchenpolitischen Verhältnisse und Kämpfe ausschließt. Wien, den 25. April 1895. gez. Kalnoky.

Wien, 6. Mai. Der Kaiser empfing heute Mittag den Minister a latere, Baron Josika, welcher den Kaiser morgen nach Pola begleiten wird, zur Audienz.

Baron Bansfy hatte gestern vor seiner Abreise eine Begegnung mit dem Grafen Kalnoky im Ministerium des Außenfern.

Nach den Berichten der Budapester Blätter vertritt die Majorität der liberalen Partei die Ansicht, daß den Wünschen des Monarchen auf gütliche Lösung der Streitfragen Rechnung getragen werden müsse, während ein anderer Theil der Partei andauernd den Rücktritt Kalnocks fordert.

Uebereinstimmend melden die Blätter, die heutige Verlesung der Note Kalnocks im ungarischen Abgeordnetenhaus bildete einen Punkt der gestern zwischen Kalnoky und Bansfy erzielten Verständigung über eine Annahme der vom Kaiser gewünschten gütlichen Applaudierung, indem beide Theile von der Veröffentlichung dieser Note die Rechtfertigung ihres Verfahrens erwarteten.

Wien, 7. Mai. In hiesigen maßgebenden Kreisen ist die Ansicht vorherrschend, daß trotz der huldvollen Zurückweisung der Demission des Grafen Kalnoky dieser nicht mehr lange im Amt verbleiben werde. Es ist vielmehr zu befürchten, daß die jetzt in Ungarn am Ruder befindliche Partei ihre Angriffe auf den Leiter des auswärtigen Amtes fortführen und neue Konflikte herbeiführen werde, die dann folgen schwerer für Ungarn sein würden.

## Deutschland.

Berlin, 6. Mai. [Ein Mißgeschick unserer Marine.] Unliebsames Aufsehen erregt es in Marinekreisen, aber auch im Reichstage, daß der stärkste und jüngste deutsche Kreuzer "Kaiserin Augusta" wieder einmal ausser Dienst gestellt worden ist, nachdem die Maschinen vor einigen Tagen einen Bruch erlitten haben. Das Schiff hatte vor zwei Jahren seine erste Fahrt zu machen, von der es aufwändig schnell in die heimischen Häfen zurückkehrte, ohne seine vorgeschriebene Probefahrt beenden zu können. Nach etwa anderthalbjährigen kostspieligen Reparaturarbeiten ist ein neuer Versuch gemacht worden, der leider ebenfalls die Utauglichkeit der Maschine erwies. Woran der Fehler liegt, wird noch aufzuklären sein. Es wird behauptet, die Maschine selber sei vorzüglich, genüge aber nicht für das mächtige Fahrzeug, so daß nur ihre Überanstrengung, nicht die Konstruktion Schuld an dem Unfall habe. Jednalls ist unsere Marine durch das Mißgeschick der "Kaiserin Augusta" für lange Zeit um eins der wichtigsten und theuersten Schiffe (die Kosten haben acht Millionen betragen) ärmer geworden.

— Dem Reichstag soll noch ein dritter Nachtrag gesetzt für die von der Heuscherenplage in Not gebrachten Bezirke Ostafrikas zugehen.

— Die Kommission des Abgeordnetenhauses für die Novelle zum Kommunalabgaben Gesetz beendete seine erste Sitzung. Es wurde beschlossen, daß Einkommen aus außerpreußischem deutschen Grundbesitz freizulassen, dagegen dasjenige aus dem im Reichsauslande belegenen zu versteuern.

— Wie die "Post" vernimmt, wird am 13. Mai im Handelsministerium die Kommission zur Berathung über die äußere Sonntagsruhe unter Theilnahme von Vertretern der Ministerien des Kultus, des Innern und für Handel zusammengetreten.

— Der Oberkommandirende der chilenischen Armee ist in Berlin eingetroffen, um die deutschen Militäreinrichtungen kennenzulernen.

WB. Düsseldorf, 6. Mai. Der Provinzial-Landtag lehnte mit 119 gegen 21 Stimmen die Errichtung von Landwirtschaftsschulen ab.

## Locales.

Posen, 7. Mai.

\* Provinzialverein für Hebung der Fluss- und Kanalschiffahrt in der Provinz Posen. Am Sonnabend, den 11. Mai, findet im Stadthaus zu Posen eine Sitzung des Ausschusses mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftsbericht. 2. Entwurf einer Strompolizei-Verordnung für das Lagern von Schiffen in und unterhalb von Posen. Berichterstatter: Herr Wartshauer. 3. Die Warte-Regulirung. Berichterstatter: Herr Bauinspektor Wulsch. 4. Die Ladeufer in Posen. Berichterstatter: Herr Wartshauer. 5. Der Ober-Warte-Kanal. Berichterstatter: Herr Dr. Hampe. 6. Festlegung von Tag und Stunde, sowie der Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung. 7. Kooptation von Mitgliedern. 8. Anträge aus der Versammlung. Der Sitzung des Ausschusses geht um 5½ Uhr eine Vorstandssitzung voraus. Wegen der Wichtigkeit der Verhandlungen wird die Anwesenheit der Mitglieder des Vereins bei der Sitzung des Ausschusses gewünscht. Im Anschluß an diese findet am Sonntag, den 12. Mai eine Fahrt der Warte zwischen Posen und Oderwick auf dem Dampfer der Firma Hermann u. Co., Stettin statt.

n. Aus Anlaß des Geburtstages des Kronprinzen hatten gestern sämtliche öffentliche Gebäude gesägt worden.

n. Gesperrter Fußgängerweg. Der Fußgängerweg, welcher von der St. Adalbertstraße am Fuße des Forts Hale und am Rande der Dominikanerwiesen entlang nach dem Fort Winary führt, ist gegenwärtig wegen Aufschüttungsarbeiten gesperrt.

n. Versuchter Selbstmord. Gestern Abend wollte in der Nähe des St. Martinthauses der frühere Haussiedler Oskar Bosch durch Trinken von Scheidewasser sich das Leben nehmen. Der Lebensmüde, welcher sich Mund und Zunge verbrannt hat, wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht; dort selbst machte er einen zweiten Selbstmordversuch, indem er ein Glas zerb und die Scherben hinunterzuschlucken versuchte.

n. Thierquälerei. In letzter Zeit sind öfters die vor schwer beladenen Wagen gewappnete meist abgetriebene Pferde, die nicht im Stande waren, die Last fortzutragen, von den Wagenführern in unbarbarischer Weise durch Peitschenhiebe mißhandelt worden. Wie wir hören, sind die Pferde-Eseln bestrafen streng angewiesen, solchen rohen Treiben der Kutscher mit aller Strenge entgegen zu treten und die Bestrafung solcher Thierquälerei verboten zu führen.

n. Mit dem Aufbau der Militärschwimmanstalt vor dem Eichwaldbor ist gestern begonnen.

\* Ordensverleihung. Dem Oberpostdirektor a. D. Bend zu Bromberg ist der Große Adlerorden 4. Klasse verliehen worden.

## Aus der Provinz Posen.

8. Samter, 6. Mai. [Großfeuer.] Heute Nachmittag gegen 2 Uhr brach in dem von dem Arbeiter Tezlaß bewohnten Einwohnerhause des Ackerwirtes Adalbert Sabel zu Jastrowo-Gemeinde plötzlich Feuer aus. Da die Gebäude hier dicht zusammen liegen und die Gebäude fast ausnahmslos leicht gebaut und mit Stroh gedeckt sind, so gewann das Feuer bei dem gerade herrschenden mäßigen Winde eine große Ausdehnung. Von dem Gründstück, auf welchem das Feuer entstand, wurden sämtliche Gebäude ein Raub der Flammen. Nachdem diese sodann die angrenzende Scheune des Ackerwirtes Johann Wamberki erfaßt, übertrug sich das Feuer weiter auf das Gehöft des Ackerwirtes Jakob Starosta und legte auch hier das Wohnhaus, zwei Stallgebäude und 3 Scheunen in Asche, wobei gleichzeitig 2 Kübel, einige landwirtschaftliche Wäsche und eine Menge Getreide verbrannten. Gerettet wurde nur der Viehbestand, ein Fas Speck und ein kleiner Geldbetrag. Dem Arbeiter Burak verbrannten 2 Schweine. Wertvürdigsterweise wurden ein mit Bleig gedecktes Arbeiterhaus aus Lehmbändern und ein von diesem geschütztes Stallgebäude mit Strohdach erhalten, trotzdem diese Gebäude von den Flammen umringt waren. Die hochauflodernden Flammen waren weit hin sichtbar; in kurzer Zeit waren 7 Spritzen und zwar aus Galowo, Szczepantowo, Samter, Swidlnia, Lipnica, Kazmierz und Scharfenort sowie die Feuerwehren von Samter und Scharfenort nebst vielen anderen Löschmannschaften zur Stelle. Durch thatkräftiges Eingreifen wurde eine noch größere Verbreitung des Feuers verhindert. Der Schaden ist nur teilweise durch Sicherungen gedeckt.

## Geographische Nachrichten.

Köln, 6. Mai. Die "Köln. Btg." meldet aus Sofia, daß in Branja Zusammenstöße zwischen einzelnen Parteien stattfanden, bei denen eine Person getötet, mehrere verwundet wurden. Der liberale Bürgermeister telegraphierte an den Fürsten, daß die Polizei die Ruhestörer begünstigte und die Verhafteten im Gefängnis mißhandelten. Die Bürger würden, falls nicht Abhilfe geschaffen werden sollte, mit den Waffen ihre Rechte vertheidigen. Der Bürgermeister wurde sofort seines Amtes entsezt.

Petersburg, 6. Mai. Heute fand seit langen Jahren wieder die erste Truppenfahrt auf dem Marsfeld statt. Um 11 Uhr erschien der Kaiser in der Oberuniform des Preobraschenki-Regiments zu Pferde auf dem Paradesfeld, von den Truppen durch Abspielen der Nationalhymne, vom Volke mit begeisterten Hurraufen begrüßt. Dem Kaiser folgten im vierwänigen Wagen die Kaiserin Alexandra mit den Großfürstinnen Marie Pawlowna und Xenia, sodann zahlreiche Großfürsten und ein glänzendes Gefolge, darunter die frendländischen Militärattachen. Nachdem der Kaiser die Front der präsentrenden Truppen abgesehen hatte, die Fußtruppen in Batteriefront, die Kavallerie in Eskadronfront im Schritt, trab und Galopp. Nach der Parade sprach der Kaiser dem Großfürsten Wladimir und den übrigen Kommandanten seine Anerkennung über den vorzüglichen Verlauf derselben aus. Unter den Klängen der Nationalhymne und drausen Hurraufen verließen der Kaiser und die Kaiserin sodann das Paradesfeld. Heute Abend findet ein Brunnmahl und Mittwoch die Parade über den weiteren Theile der Truppen des Militärbezirkes statt.

Paris, 6. Mai. Nach Meldungen aus Maguncia hatten die Hovas in dem Gefechte am 2. d. Mts. bei Maroway 300 Tote, darunter die vornehmsten Häftlinge. Wichtige Papiere, die dem Gouverneur von Bueni und Sagate sowie der Königin gehören, wurden erbeutet. Die Sakalaven fingen an, sich zu unterwerfen.

Christiania, 6. Mai. In der heutigen Storthingsitzung wurde der Antrag Engelhardt, wonach die im Staatsrat geführten Protokolle über das letztingereichte Demission gesucht der Regierung dem Storthing vorgelegt werden sollen, mit allen gegen eine Stimme abgelehnt.

Basel, 6. Mai. Der hier ausgetragene Maurerstreit hat große Ausdehnung angenommen. Es mußten heute vier Kompanien der Feuerwehr zur Unterstützung der Polizei aufgestellt werden. Die Baumeister beschlossen, auf allen Baustellen die

Arbeit völlig einstellen zu lassen. Die Streikenden beschlossen in einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung, den Streik mit allen Mitteln solange als möglich durchzuführen. Das Polizeidepartement hat einen Aufruf erlassen, in welchem die Ausständigen um Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ersucht werden.

**Antwerpen**, 6. Mai. Der heute nach dem Kongo abgegangene Dampfer "Leopolville" wurde von der Volksmenge außerordentlich enthusiastisch und mit dem Rufe "Es lebe die Uebernahme des Kongos" begrüßt.

**Sofia**, 6. Mai. Das Regierungsblatt "Mir" versichert, daß zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien ein Einvernehmen in der Accise-Frage, sowie betreffs des auf Grund eines 14prozentigen Werthzolles abzuschließen den Handelsvertrages erzielt sei. Stoilow sei durch Ministerialbeschluß bereits ermächtigt, das betreffende Protokoll zu unterzeichnen. Es erübrigte dann noch die Ratifikation seitens der Regierungen Österreich-Ungarns. Stoilow dürfte morgen die Rückreise antreten. — Demselben Blatt zufolge verbleibt das Accisengesetz zunächst in Kraft; Bulgarien wäre berechtigt, Einfuhrartikel, welche mit heimischen Erzeugnissen konkurriren, einem erhöhten Zolle zu unterwerfen.

**Belgrad**, 6. Mai. König Alexander ist gestern Abend in Begleitung des Ministers des Auswärtigen und des Kriegsministers hier eingetroffen.

Betreffs des ablehnenden Beschlusses des Skupstichtina Ausschusses über die durch den früheren Finanzminister Petrowitsch negocirte Anleihe verlautet aus guter Quelle, der Beschluß hatte zugleich eine persönliche Spur gegen Petrowitsch, dessen Demission herbeigeführt werden sollte; aber die Anleihestipulationen wurden auch sachlich beanstandet. Es verlautet, bald nach Ernennung des neuen Finanzministers sollen Verhandlungen wegen Abschlusses einer modifizierten Anleihe mit der bisherigen oder einer neuen Bankgruppe beginnen.

Zwölf Nachwahlen zur Skupstichtina sind auf den 27. Mai a. St. ausgeschrieben.

**Risch**, 7. Mai. Die Skupstichtina nahm das Gesetz an, wonach die königlichen Eltern oder Verwahrten der direkten Linie unter den gleichen Schutz gestellt sind, wie der König.

**Nairo**, 7. Mai. Ministerpräsident Nubar Pascha, welcher sich heute nach Triest einschiffen wollte, um eine Kur in Karlsbad zu gebrauchen, hat seine Abreise verschoben.

#### Der japanisch-chinesische Krieg.

**Berlin**, 6. Mai. Wie die "Post" erfährt, sei jetzt in dem Vertrag Japans auf Laiutong Port Arthur mit einbezogen; in der früheren Note Japans

#### 4. Klasse 192. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 6. Mai 1895. — 14. Tag Vormittag.  
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. Ohne Gewähr.

58 228 396 578 607 25 816 75	1052 103 13 75 228 893 579 643	923 48 (3000) 114298 329 31 489 545 65 688 735 878 85 115088 113
843 2058 149 79 209 52 608 823	3206 519 98 659 66 71 72 (500)	38 41 511 76 650 713 890 920 21 116563 (1500) 611 47 792 868 89
703 44 69 830 (300) 4019 692 93 (300) 836 927 82	5038 94 259 315	117266 (300) 371 87 460 (300) 73 81 (1500) 539 48 632 92 763 118049
34 498 (300) 582 652 (300) 781 820 957	6362 662 715 707 465 623	50 193 211 300 425 37 81 517 697 (500) 721 119032 119 270 97 608
730 492 (500) 8116 460 637 748 80 (1500)	9051 82 260 318 35 40	54 59 (300) 740 66
57 91 556 87 750 84 99 191 84	120198 289 448 52 538 39 78 87 605 57 708 880 944 121073 313	120198 289 448 52 538 39 78 87 605 57 708 880 944 121073 313
10007 (1500) 53 85 486 789	11026 (300) 463 75 76 635 836 959	42 643 122018 75 165 276 (1500) 419 53 88 603 34 836 (300) 77 909
12018 284 405 607 738 82 828 927 36 13179 201 80 718 77 903 14001	123044 160 621 813 24 124115 73 206 420 548 55 68 722	(300) 23 123044 160 621 813 24 124115 73 206 420 548 55 68 722
59 154 (300) 582 624 34 42 62 (300) 707 21 918 15059 119 806 (500)	125154 215 359 75 420 80 686 739 909 82 90 (500) 124027 103 211	125154 215 359 75 420 80 686 739 909 82 90 (500) 124027 103 211
522 876 (3000) 888 996 16243 46 401 85 519 (1500) 93 670 832 88 932	42 380 425 734 817 36 913 60 127157 228 72 392 407 57 558 673 733	935 44 73 128060 64 99 147 486 613 (300) 129080 161 87 (3000) 219
17082 240 511 18084 389 539 (1500) 81 624 744 803 87 647 946 19184 572	87 386 92 649 711 816 (500) 60	87 386 92 649 711 816 (500) 60
20088 141 42 (500) 90 532 76 718 30 60 947 67 21095 170	130123 377 (3000) 87 (500) 438 (1500) 602 (1500) 73 131088 143	130123 377 (3000) 87 (500) 438 (1500) 602 (1500) 73 131088 143
317 473 87 95 521 688 708 965 (300) 22175 634 58 815 69 23181 368	276 443 573 (300) 612 572 820 931 132010 228 417 569 764 133359	42 643 122018 75 165 276 (1500) 419 53 88 603 34 836 (300) 77 909
455 647 24028 258 516 617 703 99 859 998 25027 (1500) 49 87 216	89 528 37 705 816 52 134197 286 546 71 (3000) 783 (1500) 809 12 47	825 55 930 144065 185 217 345 82 499 522 625 788 145233 85 94
(3000) 59 512 694 833 (1500) 36 26017 41 158 99 239 70 80 83 (300)	60 135102 378 957 136165 85 209 59 468 686 94 753 72 841 55	348 438 95 630 775 815 93 903 146256 608 721 924 42 147045 212
301 75 591 625 735 843 944 27050 70 127 77 269 373 533 35 (500)	137016 231 (500) 410 52 62 88 517 615 701 6 11 25 89 894 (1500)	800 300 25 67 474 (1500) 529 45 59 810 927 34 50 57 148087 111 268
650 802 85 976 28056 68 148 (500) 93 342 448 543 80 982 29063 149	985 (500) 138113 22 219 372 528 613 704 861 924 48 139184 (500)	985 (500) 138113 22 219 372 528 613 704 861 924 48 139184 (500)
(500) 72 308 381 407 89 521 702 839 48 87	694 754 826 (500) 27 67 994	694 754 826 (500) 27 67 994
30378 402 548 676 775 860 31378 663 32049 91 153 85 257	140349 519 141061 79 605 (300) 99 802 89 964 142137 378 421	140349 519 141061 79 605 (300) 99 802 89 964 142137 378 421
480 505 733 907 30 (1500) 33318 63 548 86 619 25 712 (300) 29 66	517 99 606 47 143006 107 46 279 317 (300) 32 569 (1500) 648 797	517 99 606 47 143006 107 46 279 317 (300) 32 569 (1500) 648 797
889 951 (500) 69 34075 230 828 38 35069 375 86 442 648 69 705	825 55 930 144065 185 217 345 82 499 522 625 788 145233 85 94	825 55 930 144065 185 217 345 82 499 522 625 788 145233 85 94
928 41 36202 202 (3000) 443 505 20 984 37004 49 183 237 344	538 642 50 864 38048 113 427 (300) 544 59 664 (1500) 79 823 59	538 642 50 864 38048 113 427 (300) 544 59 664 (1500) 79 823 59
89 98 39028 89 55 79 845 79 460 541 (300) 52 825 91 927 46	89 98 39028 89 55 79 845 79 460 541 (300) 52 825 91 927 46	89 98 39028 89 55 79 845 79 460 541 (300) 52 825 91 927 46
40011 135 204 48 315 80 412 93 522 79 92 (1500) 976 41031 243	150234 40 91 398 472 677 906 (300) 151017 830 (300) 51 401	150234 40 91 398 472 677 906 (300) 151017 830 (300) 51 401
57 344 461 72 86 828 56 71 42130 76 87 88 398 550 76 607 721 882	529 152034 142 97 280 830 151312 227 98 492 524 793 848 154047	529 152034 142 97 280 830 151312 227 98 492 524 793 848 154047
84 993 43049 77 150 249 446 53 519 42 (300) 688 780 44110 201	59 147 240 79 85 96 (3000) 452 88 980 155144 (300) 475 93 (300)	59 147 240 79 85 96 (3000) 452 88 980 155144 (300) 475 93 (300)
502 83 655 45146 98 (300) 299 (500) 494 97 747 831 983 46114 340	515 720 92 65 156048 66 822 97 546 88 668 912 157191 892 425 70	515 720 92 65 156048 66 822 97 546 88 668 912 157191 892 425 70
412 14 693 863 70 47015 155 57 281 304 439 52 69 506 789 859 959	552 88 629 62 64 961 93 158124 227 318 542 48 603 (1500) 791	552 88 629 62 64 961 93 158124 227 318 542 48 603 (1500) 791
82 48022 165 286 481 88 662 783 49236 596 724 63 815 14	904 159021 29 291 346 63 435 (500) 530 33 658 98 751 86 848 980	904 159021 29 291 346 63 435 (500) 530 33 658 98 751 86 848 980
500017 50 513 793 836 51060 98 286 387 418 754 82 (300) 879 936	160039 71 137 224 49 324 (600) 51 401 588 91 843 978 161028	160039 71 137 224 49 324 (600) 51 401 588 91 843 978 161028
52000 39 52 54 168 95 205 363 65 80 81 512 606 900 (500) 91 53319	212 (300) 74 318 61 534 52 862 162014 8 312 20 436 40 57 681 877	212 (300) 74 318 61 534 52 862 162014 8 312 20 436 40 57 681 877
42 551 54036 129 254 319 557 88 90 839 95 959 79 55045 173 492	163019 515 627 89 708 (3000) 881 930 62 164128 324 30 438 (1500)	163019 515 627 89 708 (3000) 881 930 62 164128 324 30 438 (1500)
500 23 62 702 866 56036 77 217 36 68 533 728 (3000) 961 57077 (500)	555 693 827 165079 241 335 (300) 86 995 166060 125 517 (3000)	555 693 827 165079 241 335 (300) 86 995 166060 125 517 (3000)
143 212 648 706 816 951 58139 75 472 551 76 95 81 75 (300) 735	83 88 167239 69 (500) 391 535 618 34 758 843 83 900 168037	83 88 16

